

I. Staat in Georgien – ein neues Analysemodell

Die vorliegende Studie versteht sich in mehrfacher Hinsicht als eine paradigmatische Fallstudie. In allererster Linie will sie einen Einblick in die nationale und lokale Herrschaftspraxis eines Regimes bieten, das internationale Beobachter immer wieder geblendet, verwirrt und enttäuscht hat. Schon für die russischen Intellektuellen des 19. Jahrhunderts lagen Paradies und Hölle in Georgien dicht beieinander (Eich 1999). Und selbst heute reizt das zu romantischer Verklärung einladende Land mitunter gar nüchterne Finanzexperten zu sich selbst widersprechenden Aussagen.¹

In der Tat scheint Georgien schwer zu fassen. Die Irritationen kommen nicht von ungefähr. Einerseits öffnet die Kaukasusrepublik Tür und Tor für die Zusammenarbeit mit westlichen Rechtsexperten, die ein Gesetzbuch nach dem anderen umschreiben. Andererseits rangiert sie auf dem Korruptionsindex von Transparency International noch weit hinter manchen afrikanischen Staaten. Hartnäckige Bemühungen um die Implementierung von Rechtsstaatlichkeit und Transparenz scheinen hier immer wieder zu versanden. Georgien scheint irgendwo steckengeblieben zu sein auf dem Weg zwischen Demokratie und Autokratie. Innerhalb kurzer Zeit stieg es vom international gelobten demokratischen Vorzeigeland in der südlichen Peripherie der ehemaligen UdSSR in die Liga zweifelhafter Potentatenregime ab. Der Überraschungserfolg der sogenannten Rosenrevolution, die im Zuge von breiten gesellschaftlichen Protesten gegen die dreiste Fälschung der Parlamentswahlen im November 2003 binnen weniger Wochen das Shevardnadze-Regime

¹ So beschreibt ein Bericht der amerikanischen Entwicklungshilfeagentur USAID Georgien gleichzeitig als eine der erfolgreichsten und korruptesten Transformationsgesellschaften im postsowjetischen Raum (USAID 2001).

zum Einsturz brachte, hat für kurze Zeit begeisterten Optimismus ausgelöst. Mittlerweile ist Georgien nach einer kurzen Phase der Euphorie jedoch wieder in die Mühen der Ebenen zurückgekehrt. Ob der Aufstieg aus der Grauzone hybrider Regime² in die Reihe konsolidierter Demokratien diesmal wirklich gelingt, ist noch lange nicht ausgemacht. Eine Reihe von Ereignissen, zu denen in auffälliger Analogie zu serbischen Szenarien vor allem der mysteriöse Tod des Premierminister Zurab Zhvania im Februar 2005 gehört, laden zu hartnäckigen Zweifeln ein.

Ich möchte im Folgenden den Versuch unternehmen, diese dem externen Beobachter so widersprüchlich anmutende georgische Realität verstehbar zu machen. Dabei werde ich zunächst einmal nicht nach dem Warum, sondern vielmehr nach dem Wie einer Entwicklung fragen, die diese scheinbar widersprüchlichen Phänomene hervorgebracht hat. Mit einer sorgfältigen Analyse staatlichen Handelns, die sowohl auf der nationalen als auch auf der lokalen Ebene ansetzt, will ich dabei v.a. die möglichen Ordnungsstrukturen hinter dem scheinbaren Chaos sichtbar machen. Insofern als Georgien jenseits allen Lokalkolorits aber auch typisch postsowjetische Züge aufweist, will ich darüber hinaus gleichsam als Nebenprodukt meiner dichten Beschreibung der Verhältnisse in der georgischen Provinz auch einen Beitrag zur präziseren Ausleuchtung der oben zitierten und bislang nur schemenhaft skizzierten Grauzone leisten. Und indem ich dabei v.a. die konkrete Praxis staatlicher Agenturen jenseits der in Gesetzen und Verfassungen definierten Regeln in den Blick nehme, indem ich dabei in Anlehnung an Dritte-Welt-Studien (Elwert 2001; Alber/Sommer 2002; Eckert i.E.) den Fokus immer wieder auf die Interaktion von formalen und informellen Institutionen richte, gelingt es mir vielleicht auch, empirische und theoretische Impulse in eine Transformationsforschung hineinzutragen, die diesen Anspruch zwar immer wieder erhoben (O'Donnell 1994; Diamond 1996), bislang aber m.E. kaum erfüllt hat.

Damit aber noch nicht genug. Georgien soll hier nicht nur als Modellfall eines bestimmten Typus postsowjetischer Entwicklung vorgeführt werden. Nach dem Fall der Systemgrenzen hat Georgien auch Teil an globalen Lernprozessen. Es ist auch Teil eines globalen Laboratoriums geworden, in dem unter den Bedingungen international beschleunigter Austausch- und Diffusionsprozesse mit neuen Formen der Macht-

2 Zu diesem neuen Paradigma in der Transitionsforschung, das zunächst noch recht hilflos und vage auf das Phänomen von blockierten Demokratisierungsprozessen reagiert, die sich der Logik des simplen Drei-Phasen-Schemas von Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung entziehen, ohne in eindeutig autoritäre Muster zurückzukippen vgl. O'Donnell 1994, Diamond 1996, Collier/Levitsky 1997, Diamond 2002, Carothers 2002.

ausübung experimentiert wird. Die Ergebnisse meiner Studie zu der exotischen Kaukasusrepublik Georgien sollen deshalb auch zu einer über das konkrete Fallbeispiel hinaus weisenden Theorie der Macht unter den Bedingungen von Globalisierung verdichtet werden. Es wird auch darum gehen, am georgischen Beispiel die systemische Logik hinter einer innovativen, sich überall in den Randzonen der globalisierten Weltgesellschaft ausbreitenden Form der Organisation von Macht sichtbar zu machen, die sich durch ein permanentes Oszillieren zwischen Fassaden der Anarchie und regulativer Allmacht auszeichnete.

- Staat verzichtet weitgehend auf die Erfüllung genuin staatlicher Aufgaben und reduziert die Produktion von öffentlichen Gütern auf ein Minimum. Das gilt für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in den Bereichen Bildung und Gesundheit ebenso wie für die Schaffung von Räumen der Vorhersehbarkeit durch die Setzung eindeutiger Regeln als Voraussetzung für die Anleitung von Kooperation.
- Ungeachtet dieser Leistungsdefizite entwickelt Staat in anderen Bereichen wie der Extraktion von Ressourcen und der Generierung von Abschöpfungschancen für die Mitglieder des Herrschaftsapparates ungeahnte Effizienz.
- Die Blockade von produktivem Potenzial, die durch die Verfolgung einer reinen Extraktionslogik ausgelöst wird, wird durch die Konzentration auf die Etablierung von obligatorischen Passagepunkten, an denen die im globalen Raum generierten Ressourcen beim Transfer in den eigenen Machtbereich abgeschöpft werden, kompensiert.
- Obwohl sie sich dem in fast allen Theorien mit wenigen Ausnahmen (Popitz 1992; Simmel 1990) vorausgesetzten Zwang zur Institutionalisierung und Legitimation von Macht hartnäckig entziehen, zeigen die meisten dieser Herrschaftsorganisationen eine erstaunliche Reproduktionsfähigkeit.

Bislang reagierte die Sozialwissenschaft auf diese Phänomene, die wahlweise als Fragmentierung oder Privatisierung von Staatlichkeit buchstabiert wurden, mit wenigen Ausnahmen mit der Negativdefinition des schwachen oder gescheiterten Staates und der Identifikation von Faktoren, die die Imitation westlicher Basisinstitutionen in vielen Gesellschaften bislang immer wieder vereitelt haben.³ All diese Ansätze

3 In diesem einleitenden Problemaufriss, in dem es mir v.a. um die Präsentation von zentralen Thesen als Ausgangspunkt für die Entwicklung eines Untersuchungskonzeptes geht, möchte ich zunächst auf eine eingehende Auseinandersetzung mit der Literatur verzichten. Ich werde dies in den

gehen von einer normativen Definition von Staatlichkeit aus. Funktionierende Staatlichkeit wird als erfolgreiche, legitime und souveräne Herrschaft über ein bestimmtes Territorium verstanden, die eine Reihe von Mindestanforderungen erfüllen muss.

Eine kohärente öffentliche Bürokratie, die sich durch eine klare und wirksam institutionalisierte Abgrenzung von Kompetenzen zwischen einzelnen Staatsorganen auf vertikaler und horizontaler Ebene, effiziente Regelsetzungskapazitäten und die Fähigkeit zur Herstellung öffentlicher Güter auszeichnet, gehört ebenso dazu wie die Verfügung über Legitimitätsressourcen. Legitimität wird immer wieder eine Schlüsselfunktion zugeschrieben, weil sie als effizienteste und kostengünstigste Variante der Ausübung von sozialer Kontrolle und der Herstellung von Regelkonformität gilt. Legitimität wird dabei gleichzeitig als Voraussetzung *und* als Folge effizienter Staatlichkeit gedacht. Unterschieden wird zwischen *prozeduraler* und *performativer* Legitimität, die sich zwar gegenseitig bedingen, aber gleichwohl als Ergebnis zweier unterschiedlicher Prozesse gedacht werden:

- der *Institutionalisierung* von formalen Prozeduren der Politikformulierung und -implementierung. Entscheidend ist dabei, dass für die Dauer des Verfahrens Machtungleichgewichte zwischen den beteiligten Akteuren ausgeblendet werden (Luhmann 1978).
- dem Nachweis der *Effizienz* staatlicher Institutionen, der v.a. durch die Herstellung öffentlicher Güter erbracht wird (Tilly 1994; Holmes 1996). Zu diesen öffentlichen Gütern gehören klassischerweise nicht nur Serviceleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung usw., sondern auch der im Rekurs auf die oben skizzierten formalen Prozeduren geleistete Beitrag zur Überwindung von Dilemmata kollektiven Handelns durch die Sanktionierung von opportunistischem Trittbrettfahrerverhalten.

Des Weiteren wird Legitimität aber auch als Voraussetzung dieser Form von Staatlichkeit gehandelt.

- Nur der Staat, der über ausreichendes Legitimitätspotential verfügt, kann sich gegenüber ressourcen- und verhandlungsstarken Partikularakteuren als autonome Regelsetzungsagentur profilieren und damit das Minimum an Autonomie gewinnen, auf das er zur Durchsetzung von am abstrakten Gemeinwohl orientierten Allokationsentscheidungen angewiesen ist. Gleichzeitig kann nur ein

nachfolgenden Kapiteln zu „Staat, Markt und Entwicklung“, „Staat und Korruption“, „Staat, Kultur und Zivilgesellschaft“ sowie „Staat, Transformation und Sozialismus“ nachholen.

legitimer, in einen gesellschaftlichen Grundkonsens eingebundener Staat die für die Formulierung solcher Entscheidungen unverzichtbaren Informationen zu einem vertretbaren Preis generieren (Evans 1992).

- Nur der Staat, der mit der Bereitschaft der Herrschaftsunterworfenen zur Einhaltung der von ihm gesetzten Regeln rechnen kann, der sie durch den Nachweis seiner Effizienz z.B. durch Steuerzahlungen zur freiwilligen Kooperation bei der Herstellung von öffentlichen Gütern bewegen kann, wird erfolgreiche Ressourcenextraktion betreiben können, die er dann in die Bereitstellung von genuin staatlichen Dienstleistungen investieren kann. (Tilly 1994)

Aus diesem Bedingungsverhältnis wird dann in der Regel ein „natürliches“ Interesse von Staaten an der Institutionalisierung und Legitimierung von Macht abgeleitet. Diese Denkfigur, die sich wie ein roter Faden durch den *mainstream* der staatssoziologischen Literatur⁴ zieht, ist in einer entscheidenden Hinsicht problematisch. Eigentlich bildet dieser sehr voraussetzungsvolle Typus von Staatlichkeit nur die Erfahrungen einiger weniger OECD-Länder ab. Auf den großen Rest der Staatenwelt kann er nicht übertragen werden. Die Situation in diesen Ländern kann dann nur noch durch die Rede vom schwachen oder gescheiterten Staat eingefangen werden. Und in der Tat beschränkt sich die Auseinandersetzung mit der widerspenstigen Empirie hier oft auf die Rekonstruktion von Teufelskreisen.

Wir lesen von Staaten, denen es an Ressourcen für die Bereitstellung öffentlicher Güter fehlt und die deshalb keine Legitimität in den Augen der Bürger beanspruchen können (Holmes 1996; Holmes 1997; Kaldor 1999; Tatur 1995). Dieses Legitimitätsdefizit übersetzt sich in diesen Erzählungen dann in eine Kooperationsverweigerung weiter Teile der Bevölkerung, die z.B. auf regelmäßige Steuerzahlungen verzichten. In der Folge geraten illegitime Staaten in Abhängigkeit von partikularen rent-seeking Akteuren, die Einfluss auf ihre Entscheidungen nehmen und sie sowohl zu einer Gemeinwohlinteressen verletzenden und gesamtgesellschaftlich irrationalen Allokation von Ressourcen als auch zur Manipulation von Regeln zwingen. Das Ergebnis ist eine weitere Verschärfung der Legitimationskrise. Zwingend wird aus dieser Perspektive das Bild eines handlungsunfähigen, aber gleichzeitig an seiner eigenen Handlungsunfähigkeit leidenden Leviathans entworfen, der stets

4 Auch hier verzichte ich vorerst auf die Anführung von unzähligen Belegstellen und verweise stattdessen auf Kapitel II.1 zu „Staat, Markt und Entwicklung“.

das Gute will und doch immer wieder an den übermächtigen Kräften des Bösen scheitert. Stillschweigend und wider alle empirische Evidenz unterstellt diese Rhetorik des Scheiterns den „Quasi-Staaten“ eine anfänglich durchaus gegebene Gemeinwohlorientierung, die sich nur deshalb nicht realisieren lasse, weil Staat auf Grund seiner Schwäche zum Opfer der Kolonialisierungsstrategien perfider Partikularakteure wird.

Hier wird ein anderer Weg beschritten. Die auf den ersten Blick amorph und handlungsunfähig anmutenden georgischen Machtstrukturen, die hier paradigmatisch für viele andere nicht-westliche Formen der Herrschaftsorganisation stehen, werden einmal nicht als das Produkt eines auf halbem Wege ins Stocken geratenen Projektes der Etablierung klassischer westlicher Staatsstrukturen präsentiert. Aus einer funktionslogischen Perspektive werden sie vielmehr als ein rationales Konstrukt vorgestellt, das wohlüberlegten Kalkülen entspricht. Mit anderen Worten: All das was anderswo als Ausdruck von Schwäche und Scheitern gehandelt wird – die Unfähigkeit zur Durchsetzung staatlich gesetzter Regeln, das Fehlen klarer Kompetenzabgrenzung und schließlich die Duldung der privaten Aneignung staatlicher Ressourcen durch Agenten des Staatsapparates – wird als Resultat eines bewussten Verzichtes auf die Attribute herkömmlicher Staatlichkeit interpretiert, als Produkt einer aus der Perspektive der handelnden Eliten rationalen, weil kostengünstigen Variante des state-building. Kurz – die georgische Herrschaftsordnung wird positiv als eine spezifische Machtfiguration beschrieben, die nicht nur funktional, sondern auch erstaunlich überlebensfähig ist.

Das Konzept der Figuration ist Norbert Elias (1993/1976) entlehnt, der damit die gegenseitige Durchdringung von objektiven gesellschaftlichen Strukturen und subjektiven Denkstrukturen sowie deren Wandel sichtbar machen wollte. In Anlehnung an Soeffner und Tänzler (2002) wird der Begriff hier einerseits zur Kennzeichnung eines Ensembles von institutionellen Mechanismen und Techniken der Generierung und Stabilisierung von Macht, andererseits zur Erfassung von Strategien ihrer symbolischen Repräsentation verwandt. Die Entscheidung für ein derartig aufwendiges Untersuchungsverfahren ist dabei der Überlegung geschuldet, das genau hier, auf der Ebene der Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Struktur und Repräsentation, zwischen Diskurs und Praxis, das spezifisch Neue und Brisante der georgischen Machtordnung angesiedelt ist.

Dies soll im Folgenden durch die systematische Organisation eines Dialoges zwischen Empirie und Theorie herausgearbeitet werden.

Dabei werden zunächst verschiedenen Konjunkturen der intensiven sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen Staat, Entwicklung und Transformation rekonstruiert. Der

notwendigerweise selektive Versuch einer Rekapitulation orientiert sich dabei immer wieder an einer Leitvorstellung. Wissenschaftlichen Konventionen zu Folge müssen Theorien ihre Angemessenheit durch ihre Fähigkeit zur sinnhaften Ordnung der empirischen Realität unter Beweis stellen. Theorie hat damit eine doppelte Funktion. Erstens soll sie uns helfen, die richtigen Fragen zu stellen und Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Zweitens soll sie uns mit Linsen ausstatten, die uns einen genaueren Blick hinter die Oberfläche dessen erlauben, was sich zunächst wie unstrukturiertes Chaos ausnimmt.

Im Anschluss daran wird eine Konfrontation der in den verschiedenen Modellen jeweils formulierten Hypothesen mit empirischen Befunden aus Georgien organisiert. Aus dramaturgischen Gründen werde ich dabei den Blick zunächst auf die Makro-Ebene der großen Politik richten. Erst in einem zweiten Schritt werde ich den Suchscheinwerfer sozusagen genauer einstellen und mich der Mikro-Ebene der lokalen Arena zuwenden. Tatsächlich dreht aber die Darstellung die Logik des Erkenntnisprozesses um. Tatsächlich waren es zunächst Irritationen auf der Ebene der lokalen Politik, die mich erst zu einer Hinterfragung konventioneller Betrachtungsweisen und dann zur Entwicklung neuer Interpretationsmodelle zwangen. Die neu gewonnenen Einsichten konnte ich dann auch für eine kritische Rekonstruktion der großen Ereignisse nutzen.

Auf der Makroebene wird explizit gemacht, was zunächst nur implizit angedeutet wurde.⁵ Es geht darum, das Erklärungspotenzial der skizzierten theoretischen Modelle in Auseinandersetzung mit der georgischen Empirie auszuloten. Die Analyse basiert dabei auf der Auswertung unterschiedlicher Kategorien von Quellen. Zunächst einmal wird die bislang vorliegende Sekundärliteratur einer kritischen Lektüre unterzogen. Sie wird sozusagen als Steinbruch genutzt, aus der einzelne Elemente herausgebrochen und zu einem neuen Modell zusammengesetzt werden. Des Weiteren werden eine Reihe von Zeitschriften und Meldungen von Nachrichtenagenturen ausgewertet, die regelmäßig über aktuelle Entwicklungen in Georgien berichten.⁶

Abschließend werden die auf der Makro-Ebene formulierten Ergebnisse einem weiteren Test unterzogen. Diesmal wird die spezifisch georgische Machtfiguration auf der lokalen Ebene der beiden westgeorgischen Bezirke Terjola und Baghdati sowie der kreisfreien Stadt Kutaisi

5 Vgl. dazu Kapitel III.

6 Hierbei handelt es sich einerseits um die in Georgien herausgegebenen Zeitschriften *Georgian Chronicle*, *Georgian Profile* und *Svobodnaja Gruzija*, andererseits um die von Radio Free Europe täglich (*Newslines*) bzw. wöchentlich (*Caucasus Report*) publizierten Nachrichten.

rekonstruiert.⁷ Diese Entscheidung folgt mehreren Überlegungen. Die Einbeziehung lokaler Arenen in die Untersuchung bietet zunächst die besten Chancen auf empirische Unterfütterung des skizzierten Interpretationsrahmens. Genau hier – so die entscheidende These – stoßen wir auf empirische Befunde, die sich im Rahmen herkömmlicher Paradigmen nur schwer auf den Begriff bringen lassen. Normative Modelle, die am Erfolgsmodell des westlichen Staates ausgerichtet sind, beschreiben die Delegation von Schlüsselkompetenzen immer wieder als Voraussetzung für die Steigerung staatlicher Effizienz. Dezentralisierung – so heißt es – erhöht durch die Erweiterung von Partizipationschancen nicht nur das Legitimationspotential von Staaten. Sie leistet darüber hinaus auch einen Beitrag zur Verbesserung der Informationsverarbeitungskapazitäten des Gesamtsystems. Umgekehrt gilt seit Weber (1985) die Freisetzung von informellen und deshalb unkontrollierbaren Dezentralisierungstendenzen als die Achillesferse patrimonialer Regime (Roth 1968; Goodwin/Skocpol 1989; Mann 1994; Lu 2000).

Tatsächlich können wir im postsozialistischen Georgien aber etwas anderes beobachten. Authentische lokale Selbstverwaltung ist hier auch nach übereinstimmender Einschätzung internationaler Akteure wie dem Europa-Rat und der OSZE nicht realisiert worden. Gleichwohl geht die Konzentration von Entscheidungskompetenzen auf der zentralstaatlichen Ebene – wie zu zeigen sein wird – hier Hand in Hand mit einer erstaunlichen Fähigkeit zur Blockade von Desintegrationstendenzen. Inkorporation, Manipulation und Substitution von lokalen Elitennetzwerken, das sind die Techniken, auf die dabei zurückgegriffen wird. Wie die Akzente jeweils verteilt sind und wie diese Strategie konkret umgesetzt wird, das ist die Dimension, auf die sich die Analyse konzentrieren wird.

Mit Kutaisi, Terjola und Baghdati liegt der Fokus auf Kreisen, die gemeinhin als schwierig gelten.⁸ In Kutaisi und Terjola ging die Opposition bei den Kommunalwahlen vom Sommer 1998 als eindeutiger Sieger hervor. In beiden Fällen stellte sie den Vorsitzenden des Kreisrates. Zu erwarten wären also scharfe Konflikte zwischen der demokratisch gewählten Legislative und der vom Präsidenten ernannten Exekutive. Terjola ist darüber hinaus der einzige Kreis in ganz Georgien, in dem bei den Parlamentswahlen vom Oktober 1999 schon im ersten Wahlgang ein Direktwahlkandidat der Opposition gewählt wurde. In Baghdati und Terjola haben die Kreisparlamente gleichermaßen ein Misstrauensvotum gegen den Leiter der in die Präsidentenvertikale eingebundenen und der regierenden Bürgerunion angehörenden Kreisverwaltung gestellt. Kurz – in allen drei Fällen haben wir es mit lokalen Arenen zu tun, die sich of-

7 Vgl. dazu Kapitel IV.

8 Vgl. dazu Kapitel IV.1.7.

fensichtlich durch eine gewisse Widerständigkeit gegen den Zentralstaat und das Shevardnadze-Regime auszeichnen. Sie eignen sich damit in besonderem Maße als Testfall für die Widerlegung der These vom schwachen Staat.

Die empirischen Daten, auf die dabei zurückgegriffen wird, wurden vornehmlich durch Leitfaden-Interviews und biographisch-narrative Interviews generiert. 1998, 1999, 2000, 2001 und 2002 wurden mehr als 229 Interviews mit Mitarbeitern von Verwaltungsbehörden auf Kreisebene, mit Mitgliedern von Kreisträten aber auch mit Managern von lokalen Betrieben sowie mit Kleinunternehmern geführt.⁹ Darüber hinaus wurden Akten der Lokalverwaltung¹⁰ und teilweise auch lokale Zeitungen ausgewertet. Außerdem konnte ich auf Protokolle zu lokalpolitisch relevanten Ereignissen zurückgreifen, an denen ich selber beobachtend teilnehmen konnte.¹¹

Wie es der Rekurs auf das oben skizzierte Konzept der Figuration vorschreibt, wird das sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene analysierte Material konsequent unter drei unterschiedlichen Gesichtspunkten ausgewertet.

Unter dem Stichwort *der Mikrophysik der Macht* wird das Material zunächst aus der Perspektive der Frage nach den dominanten Techniken zur Herstellung von Macht analysiert.¹² Dabei liegt der Fokus auf dem Modus der Institutionenbildung. Rekonstruiert werden die Mechanismen zur Erledigung genuin staatlicher Aufgaben in drei im Kontext von state-building und Transformation relevanten Dimensionen:

- Extraktion von Ressourcen zur Finanzierung öffentlicher Güter
- Allokation von knappen Ressourcen
- Regulation ökonomischer Interaktion

Auf die ursprünglich geplante Einbeziehung einer vierten Dimension, der Verregelung von Gewalt, musste auf Grund der schweren Zugänglichkeit der entsprechenden Agenturen verzichtet werden. Erzählstränge, die Aufschluss geben über Funktionsweise und Handlungsmuster in staatlichen Behörden, über Techniken zur Disziplinierung staatlicher Agenten, zu in den einzelnen Agenturen wirksamen Mechanismen der Kontrolle und Integration, zu Kompetenzabgrenzung auf horizontaler und vertikaler Ebene und schließlich zu Konturen lokaler Netzwerke werden zu einem einheitlichen Bild verwoben. In Bezug auf Netzwerkstrukturen interessiert v.a. die Frage nach der Stabilität und nach dem

9 Vgl. dazu die Liste der Interviews im Anhang.

10 Vgl. dazu die Liste der ausgewerteten Dokumente im Anhang.

11 Vgl. dazu die Liste der ausgewerteten Ereignisprotokolle im Anhang.

12 Vgl. dazu Kapitel IV.1.1 bis Kapitel IV.1.7.

spezifischen Gewicht von egoistischen Eigennutzkalkülen bzw. moralisch aufgeladenen Reziprozitätsverpflichtungen als alternativen Integrationsmechanismen.

Unter dem Stichwort der *Genealogie der Macht* wird die Analyse der georgischen Machtfiguration, die zunächst fast schon verschwörungstheoretisch als Produkt wohlüberlegter Strategien beschrieben wurde, um ein historisches Narrativ ergänzt.¹³ Geschichte wird als Entlastungszeuge für eine Rehabilitierung der bislang einseitig in der Rolle der rationalen Nutzenmaximierer vorgeführten Eliten bemüht, die zunächst in der Doppelrolle von Schlüsselakteuren und Regisseuren des georgischen Dramas auftreten. In einer zweiten Parallelerzählung wird der Blick von der internen Struktur des georgischen Machtsystems auf die Logik des seiner Entstehung zugrunde liegenden Machtbildungsprozesses gelenkt. Die lässt sich nur im Rahmen einer genealogischen Analyse angemessen erfassen, die auch die Interaktion zwischen System und historisch geformter Umwelt in die Untersuchung mit einbezieht. Entscheidende Bedeutung wird hier dem Prozess der Auflösung der noch zu beschreibenden spezifisch georgischen Variante des sozialistischen Neopatrimonialismus zugeschrieben, der in einer radikalen Verkürzung von Verflechtungszusammenhängen mündete und eine entscheidende Voraussetzung für die Wirksamkeit der Machttechniken schuf, auf die das Shevardnadze Regime rekurriert.

Abschließend wird das Material unter dem Stichwort *Diskurse der Macht* auf die subjektive Seite der Macht befragt.¹⁴ Das zweidimensionale Bild der georgischen Machtfiguration, die zuvor unter funktionslogischen und genealogischen Aspekten analysiert worden ist, wird um eine dritte Facette ergänzt. In den Vordergrund rückt dabei die Frage nach der Einbettung in kulturelle Sinnhorizonte. Den Ausgangspunkt bildet dabei die in verschiedenen kulturwissenschaftlichen Zusammenhängen immer wieder variierte Erkenntnis, dass funktions- und reproduktionsfähige Institutionen der Verankerung in entsprechenden kognitiven und symbolischen Strukturen bedürfen. Es wird deshalb untersucht, ob und inwiefern Denk- und Wahrnehmungsformen einen Beitrag zur Reproduktion objektiver Strukturen leisten.

Die Fokussierung auf *Konflikte* als zentrale Analysekategorie ergibt sich dabei aus der u.a. von Simmel betonten vergesellschaftenden Funktion von Konflikten.¹⁵ Soziale Institutionen einer Gesellschaft spiegeln immer auch dominante Konfliktstrukturen wieder. Ihre Reproduktionsfähigkeit hängt immer auch von ihrer Konfliktverarbeitungskapazität ab.

13 Vgl. dazu Kapitel III.2 und Kapitel III.5.

14 Vgl. dazu Kapitel IV.2.

15 Vgl. dazu auch Kapitel II.3, Kapitel IV.1.6.

Gleichzeitig können Konflikte aber nur durch die Art und Weise, wie sie von gesellschaftlichen Akteuren wahrgenommen werden, sozial wirkungsmächtig werden. Zum einen hängen die von diesen Akteuren an soziale Institutionen adressierten Erwartungen von der kognitiven Verarbeitung von Konflikten ab. Zum anderen wird die Ausbildung von kollektiven sozialen Identitäten als Voraussetzung für die Gewinnung von Handlungsfähigkeit ganz entscheidend durch die Wahrnehmung von Konflikten determiniert.

Zu unterscheiden ist hier zwischen Norm- und Verteilungskonflikten. Nur erstere können in die von Simmel beschriebene Vergesellschaftungsfunktion hineinwachsen. Letztere hingegen können keinen Beitrag zur Ausbildung stabiler sozialer Identitäten leisten und damit auch keine Dynamik in Richtung auf eine institutionelle Innovation auslösen. Im Rahmen flexibler Anpassung institutioneller Regeln und Verteilungsschlüssel an wechselnde Opportunitätsstrukturen können sie nämlich problemlos entschärft werden. Die Notwendigkeit, abstrakte Regeln für die Austragung von Konflikten zu formulieren, kommt so gar nicht erst auf. Es gibt keine Rebellen gegen bestehende Institutionen. Es gibt nur Statusrebelln, die um einen Platz in den Institutionen kämpfen.